



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 8. Ratssitzung vom 29. Juni 2022

310. 2021/351

**Postulat von Walter Angst (AL) und Marion Schmid (SP) vom 01.09.2021:
Ergänzung des Berichts über die Umsetzung des wohnpolitischen Grundsatz-
artikels mit einem Bericht zum Angebot an Wohnmöglichkeiten und betreuten
Einrichtungen für ältere Menschen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Walter Angst (AL)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4318/2021): Die Behandlung des Postulats kommt zum richtigen Zeitpunkt. In zwei Jahren wird der Stadtrat den Bericht über die Umsetzung des wohnpolitischen Grundsatzartikels während der Jahre 2020 bis 2024 präsentieren. Auffällig an der bisherigen Berichterstattung bezüglich der Aufgabe, dass die Stadt Zürich beziehungsweise die Gemeinde in Zusammenarbeit mit öffentlichen und privaten Partnerinnen und Partnern für ein an der Nachfrage orientiertes Angebot an Wohnmöglichkeiten und betreuten Einrichtungen für ältere Menschen sorgt, ist, dass die letztjährige Berichterstattung exakt eine Seite lang war. Dies hat Marion Schmid (SP) und mich dazu veranlasst, den Stadtrat mit dem vorliegenden Postulat anzufragen, ob er nicht einen substanziellen Bericht produzieren könnte. Unter einem substanziellen Bericht stellen wir uns erstens vor, dass man sämtliche Angebote erfassen und prüfen würde, nicht allein die städtischen Angebote und jene der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW). Zweitens soll der Bedarf aufgrund der Entwicklung der Nachfrage, der Wohnungsverluste älterer Personen und der Möglichkeiten eines Umzugs in kleinere und barrierefreie Wohnungen geprüft werden. Wir möchten, dass man versucht, entsprechende Grundlagen aufzuarbeiten. Es ist uns bewusst, dass es nicht ganz einfach sein wird, die Massnahmen systematisch zu erfassen und Nachfrage und Angebot an stationärer Langzeitversorgung für ältere Menschen – es geht um Alters- und Pflegezentren – in diesen Bericht aufzunehmen. Auch dieser Bereich stellt Wohnmöglichkeiten in Form eines dauerhaften Wohnaufenthalts dar. Wir sind optimistisch, dass mit unserem Vorstoss eine Dynamisierung des zentralen Themas der Wohnpolitik der Stadt Zürich ausgelöst oder zumindest unterstützt werden kann.*

***Martina Zürcher (FDP)** begründet den namens der FDP-Fraktion am 15. September 2021 gestellten Textänderungsantrag: Mit dem Postulat wird angestrebt, dass man einen sinnvollen Bericht erhält. Wir möchten eine Textänderung vorschlagen: Die Formulierung «Wohnungen mit Kostenmiete» würden wir durch «preisgünstige Wohnungen» ersetzen. Es gibt gemeinnützige Stiftungen oder andere gemeinnützige Gesellschaften, die Wohnungen an ältere Personen vermieten. Diese Wohnungen werden aber nicht immer mit Kostenmiete vermietet, so beispielsweise bei der Dr. Stephan à Porta-Stiftung (à Porta-Stiftung) oder bei der Stiftung PWG zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen (PWG).*



Weitere Wortmeldung:

Walter Anken (SVP): *Es geht um die Umsetzung des wohnpolitischen Grundsatzartikels. Der Bericht soll beinhalten, dass die Gemeinde für ein nachfrageorientiertes Angebot an Wohnmöglichkeiten und betreuten Einrichtungen für ältere Menschen sorgt. Weiter soll der Bericht die Gesamtzahl und Entwicklung der Wohnungen mit Kostenmiete für ältere Leute ausweisen. Der Stadtrat soll Massnahmen aufzeigen, wie ein nachfrageorientiertes Angebot für Wohnungen zur Kostenmiete für ältere Menschen realisiert werden kann. Die SVP ist sich bewusst, dass der Anteil an älteren Menschen laufend zunimmt. Das ist erfreulich. Ältere Menschen haben es jedoch viel schwerer, im ausgetrockneten Wohnungsmarkt eine Wohnung zu finden. Nicht selten werden bei der Pensionierung die finanziellen Mittel stark eingeschränkt. Ältere Menschen haben oft ein Leben lang in der Stadt gelebt, gearbeitet und Steuern bezahlt. Es darf nicht sein, dass diese Personen wegen der Masseneinwanderung aus der Stadt vertrieben werden. Sie waren die Leistungsträger und haben unseren Wohlstand erarbeitet. Die SVP ist sich bewusst, dass die Nachfrage nach günstigem Wohnraum für ältere Menschen wesentlich höher ist als das Angebot und unterstützt das Postulat. Es besteht dringender Handlungsbedarf.*

Marion Schmid (SP) *ist mit der Textänderung einverstanden: Es freut mich sehr, dass sich abzeichnet, dass wir den Vorstoss mit einer grossen Mehrheit überweisen können. Alte Menschen sind jene Bevölkerungsgruppe, die im Wohnungsmarkt mit Abstand am meisten diskriminiert ist. Man sollte die verschiedenen Anspruchsgruppen nicht gegeneinander ausspielen, aber es handelt sich um eine Tatsache, der man ins Auge sehen muss. Deshalb ist es auch wichtig, dass wir diesen Punkt in den Bericht aufnehmen. Die Wohnungsnot für ältere Menschen ist in Zürich eklatanter als an anderen Orten. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Wir benötigen eine Bedarfsplanung, ein konkretes Ziel in Zahlen. Wir müssen wissen, wie Angebot und Nachfrage aussehen, und um wie viel die Nachfrage das Angebot übersteigt und was die Stadt unternimmt. Die Textänderung der FDP werden wir gerne annehmen. Möglicherweise gibt es hier eine Begriffsverwirrung. Im Bericht zum wohnbaupolitischen Grundsatzartikel wird einerseits von gemeinnützigen Wohnungen im engeren Sinn gesprochen. Das sind jene, wie wir sie beschrieben haben: Wohnungen mit Kostenmiete. Dann gibt es die gemeinnützigen Wohnungen im weiteren Sinn. Das sind die von Martina Zürcher (FDP) erwähnten Wohnungen der PWG oder der à Porta-Stiftung. Mit der Textänderung der FDP ermöglichen wir eine umfassendere Berichterstattung, in der alles berücksichtigt wird. Wir begrüssen dies sehr. Wichtig ist aber auch, dass dies an der Definition, wie sie im Drittelsziel festgehalten ist – dort sprechen wir von Wohnungen mit Kostenmiete –, nichts ändert, aber dass es trotzdem Sinn macht, den gesamten Bereich auf dem Radar zu haben. In diesem Sinne sind wir froh um die Präzisierung der FDP und nehmen diese Textänderung gerne an. Wir freuen uns, dass wir hier eine breite Mehrheit, vielleicht sogar eine Einstimmigkeit erreichen werden. Es ist sehr wichtig, dass diese Fragen und Antworten in die Berichterstattungen aufgenommen werden, damit es nicht passiert, dass Menschen, die ein Leben lang bei uns in der Stadt gelebt haben, im Alter aus der Stadt verdrängt werden.*



3 / 4

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Walter Angst (AL) und Marion Schmid (SP) haben uns eine Aufgabe gegeben, die tatsächlich nicht ganz einfach zu realisieren sein wird. Aber wir werden es versuchen. Es bestehen verschiedenste Fragestellungen. Wenn es um die klassischen stationären Pflegebetten geht, haben wir eine sehr gute Datenlage. Wir wissen nicht nur von den städtischen Institutionen, wie viele Betten es gibt, sondern auch von den privaten und gemeinnützigen Institutionen. Dort ist auch ungefähr feststellbar, wie hoch die Nachfrage ist. Schwieriger wird es beim Thema Alterswohnen oder Wohnen für ältere Menschen. Wir arbeiten noch an der Definition, was genau eine Alterswohnung ist. Ab wann gilt eine Alterswohnung als Alterswohnung? Ist es eine Alterswohnung, wenn sie behindertengerecht ist oder wenn grundsätzlich ältere Menschen darin wohnen? Welches sind die Kriterien? Es ist wichtig, dass wir auch aufzeigen können, welchen Anteil die Stadt leisten kann und wo die Stadt die genossenschaftlichen, gemeinnützigen Organisationen motivieren kann, damit auch diese ihren Beitrag leisten, sodass alle älteren Menschen in der Stadt bleiben können, wenn sie das möchten.*

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie ab dem nächsten Bericht über die Umsetzung des wohnpolitischen Grundsatzartikels für die Periode 2020 – 2023 ein substantieller Bericht zur Umsetzung des Absatzes 3 von Art 2 quater der Gemeindeordnung (die Gemeinde «sorgt in Zusammenarbeit mit öffentlichen und privaten Partnerinnen oder Partnern für ein an der Nachfrage orientiertes Angebot an Wohnmöglichkeiten und betreuten Einrichtungen für ältere Menschen») erstellt werden kann.

Die Berichterstattung soll insbesondere folgende Inhalte umfassen:

- Entwicklung und Gesamtzahl aller «preisgünstigen Wohnungen mit Kostenmiete für ältere Menschen», die von öffentlichen und privaten Partnerinnen und Partnern angeboten werden.
- Entwicklung der Nachfrage nach «preisgünstigen Wohnungen mit Kostenmiete für ältere Menschen» mit Angaben zum bestehenden Nachfrageüberhang.
- Vom Stadtrat getroffene Massnahmen zur Realisierung eines an der Nachfrage orientierten Angebots «preisgünstiger Wohnungen mit Kostenmiete für ältere Menschen».
- Angaben zur Entwicklung von Nachfrage und Angebot an stationärer Langzeitversorgung für ältere Menschen (Alterszentren und Pflegezentren, neu Gesundheitszentren, sowie Angebote anderer öffentlicher und privater Partnerinnen und Partner)

Das geänderte Postulat wird mit 111 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



4 / 4

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat